

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, N. 18, Halbesonstraße 48

Verlagspreis 21 000 Postfachkonto: Leipzig Nr. 14707

# Sächsische Volkszeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. Beilage 10.20 M Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.05 M, Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nach. — Sprechkunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitschriften 1.40 M, im Heftenheft 3.50 M, Familienanzeigen 1.30 M. — Für unentgeltlich gelieferte, sowie durch den Verleger aufgebundene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

## Vertrauensfundgebung für die Regierung Lehrenbach

Die Spaas-Debatte im Reichstage schloß mit der von einer großen Mehrheit bewirkten Annahme eines Antrages von Vertretern der Reichssozialisten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, welcher in der Sache ein Vertrauensvotum für die Regierung bedeutete, wörtlich er in der Form eines solchen nicht erschien. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spaas unterzeichnet hat und erwartet von allen Beteiligten ohne Unterschied, daß sie, was in ihren Kräften steht, rücksichtslos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.“

Aus dieser Fassung ergibt sich, daß der Reichstag zwar die „Gründe“ der Stellungnahme unserer Delegation in Spaas „würdigt“, es aber keineswegs unterläßt, die Konsequenzen aus einer solchen „Würdigung“ durch eine „Billigung“ zu ziehen. Hier ist also die Rede. Man hat aber geglaubt, gerade die obige Fassung aus bestimmten politischen Gründen vorschlagen zu sollen. Aus der Tatsache der ebenbeschriebenen Dinge darf nun nicht geschlossen werden, daß der Regierung nun die Billigung für ihr Vorgehen in Spaas verweigert oder vorenthalten werden soll. Ein ausdrückliches Vertrauensvotum aber hätte den Widerstand der Reichssozialdemokraten hervorgerufen, die bei der jetzigen Selbstauskunft, in der sie sich befinden, wiederum aus politischen Gründen, und zwar mit Rücksicht auf ihre Nachbarn von der Linken für ein solches nicht zu haben gewesen wären. Im Endeffekt resultiert die Unterstützung, die der Regierung durch den Reichstag an alle Kräfte im Volke zum Zwecke der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zuteil wird, eine weit größere, als diese jetzige Regierung sie für eine politische Aktion bisher fand. Darauf aber kommt es an, denn das ist das Entscheidende. Daß die in der rechtssozialistischen Partei nun einmal ihre politische Vertretung sehenden Volksmassen, namentlich die sozialdemokratischen Arbeiter kraft dieser Stellungnahme der Sozialdemokraten im Reichstage der Regierung die Unterstützung zufügen, ist von einem nicht zu unterschätzenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wert. Allerdings mußte sich die Sozialdemokratie sagen, daß in Spaas ja schließlich nur die Fortsetzung dessen sich vollzog, was unter entscheidendem Einfluß der Reichssozialisten damals in Versailles verbindlich eingegangen war. Mit Spaas tragen die Reichssozialisten, obwohl sie nicht aktiv an den Verhandlungen beteiligt waren, doch mit einem Hauptteil der Verantwortung. Daß die Sozialdemokraten in Spaas auch nicht anders hätten handeln können, wie die deutsche Delegation in Spaas, hat übrigens ihr Sprecher im Reichstag ohne Umschweife ausgesprochen. Im übrigen ist aber bei dieser jetzigen Stellungnahme der Sozialdemokraten viel Taktik, denn diese Partei rechnet damit, daß alsbald wieder die Stunde kommt, in der sie aus dem Theaterparkett wieder auf die Bühne steigt. Dann bedürfen sie ja auch der Unterstützung der anderen Parteien, denn es ist nicht anzunehmen, daß der soeben wieder unternommene erneute Anbiederungsversuch der Reichssozialisten an die Unabhängigen und die Vorbereitung dieser Partei zum Eintritt in eine künftige Regierung Erfolg haben wird. Jedenfalls gibt die jetzige Stellung des Reichstages gegenüber der Reichsregierung dieser die Möglichkeit, alle für die Durchführung der Abmachungen von Spaas erforderlichen einschneidenden Maßnahmen zu ergreifen. Daß es sich dabei auch um außerordentliche Eingriffe in das ganze Volks- und Wirtschaftsleben handelt, dürfen wir nicht verkennen.

Aus einem Verhandlungstage sind deren drei geworden. Kein Wunder, daß am dritten Tage der Reichstag sein Alltagsgeschicht zeigt, obwohl gerade dieser Tag die Entscheidung brachte. Das Haus wies von Anfang an eine schwache Besetzung auf, die erst zum Schluß etwas stärker wurde. Der Reichstagspräsident ist mit dem Außenminister wieder zuerst zur Stelle. An der Ministerbank erscheinen zeitweilig aber auch noch die anderen Mitglieder des Kabinetts. Im Saale selbst kleinere Schwere. In den sozialdemokratischen Bänken ist es wüst und leer. Ein tapferer Volksgenosse markiert sein Interesse dadurch, daß er die ganze Komleiher im Hof heruntergähnt. Währenddessen spricht der Herr Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei. Obwohl diesem Führer doch allerlei angeht der gesamtpolitischen Situation zu erwarten war, hatten die Mitglieder des Reichstages doch viel Arbeit, bevor der Saal einigermaßen repräsentabel gemacht war. Stresemanns Rede gelang es freilich, das Interesse mehr und mehr zu wecken. Seine Ausführungen spiegeln die in zwei Vorträgen getrennten Stimmungen und Auffassungen seiner Partei getreulich wider. Den realpolitischen Notwendigkeiten der Lage verschließt sich Stresemann keineswegs. Es macht großen Eindruck im Saale, als er den Deutschnationalen vorhält, daß keine Regierung, auch keine Deutschnationale, etwa die 5 R. Goldprämie hätte ablehnen können, und es kommt zu schweren Stürmen, als er gegen die Regierung des

deutschnationalen Redners vom Vortage, daß die Regierung nationale Würde und Festigkeit in Spaas habe vernichten lassen, energisch Front macht. Bei diesen Auslassungen hat Stresemann den stürmischen Beifall des ganzen Hauses auf seiner Seite. Den Vorwurf, der in den Worten des deutschnationalen Sprechers lag, weist er wiederum unter lebhaftester Zustimmung im ganzen Hause zurück. Es mußte besonders interessieren, die Stellung dieses Redners zu der Frage der Erfüllungsmöglichkeit der Abkommen von Spaas zu hören, da Stresemann selbst mitten im industriellen Leben steht und in diesem Falle noch besonders als Wortführer der in der Deutschen Volkspartei stark vertretenen industriellen Kreise auftritt. Da ist es nun beachtenswert, daß Stresemann selbst den Vertrag für durchführbar hält, falls die oberste Reichsbehörde und in entsprechender Menge zugeweiht wird. Die Lösung dieses Problems hält er allerdings für am wichtigsten. Daß der Industrie sehr starke Einschränkungen auferlegt werden müssen, und daß die Wirkungen davon recht erhebliche Erschütterungen in unserem Wirtschaftsleben hervorrufen müssen, steht auch für Stresemann naturgemäß außer allem Zweifel. Stresemann plädiert aber dafür, ebenso wie der Reichswirtschaftsminister sich hinter die Regierung stelle, obwohl er mit dem Abkommen nicht einverstanden war, diese Haltung nun auch von allen anderen angenommen werden muß, die derselben Meinung sind.

Gegen einzelne Ausführungen des Außenministers, namentlich in der Fassung des in seinem „Rechtsteil“ über den Volkswirtschaftsminister Stresemann durchaus ablehnend Stellung. Er beklagt den „Uebermaß“ in der Simonson'schen Rede und führt bezüglich der Lage in Sowjetrußland recht überzeugende Beispiele an, die im Hause berechtigtem Aufsehen begegneten. Es gibt dabei einen Sturm zwischen der erdrückenden Mehrheit des Hauses und den Unabhängigen, deren „Revolutionstheorie“ Stresemann sich besonders heftig auflehnt, aber schließlich so zugedeckt wird, daß er in dem Wandelungserfolg suchen muß. Stresemann gibt bei aller Kritik gegen den Außenminister jedoch ausdrücklich die Erklärung ab, daß damit keineswegs irgend eine Mißtrauensfundgebung gegen das Kabinett gewollt sei. In Spaas sei unter Würdigung unendlich schwieriger Verhältnisse gerade durch den Außenminister eine Stellung geschaffen worden, die später auch noch einmal dem Reiche zugute kommen wird. Der Einmarsch in das Ruhrgebiet hätte unter allen Umständen verhindert werden müssen. Auch diese Versicherungen finden ein stürmisches Echo im Hause. Stresemann erklärt ausdrücklich, daß man eine Krise, zumal in der jetzigen Zeit keineswegs wünsche, auch nicht gebrauchen könne, und daß die Deutsche Volkspartei zur Unterstützung der Regierung bereit sei. Das politische Interesse war fürs erste mit dieser Rede wieder erschöpft, man weiß nun, was für die Politiker und Parlamentarier hier im Hause, ja auch schon nicht mehr zweifelhaft war, daß die Regierung für ihre Haltung in Spaas eine sehr breite parlamentarische Basis haben wird. Das Haus leert sich sehr stark, als der demokratische Abg. Hausmann das Wort nimmt. Er verteidigt durchaus die Haltung der Regierung und polemisiert gegen die Rechte. Namentlich weist er mit scharfer Entschiedenheit den Vorwurf zurück, als habe die Regierung die nationale Würde preisgegeben. Er findet es aber auch merkwürdig, daß die Agitation gegen den Außenminister gerade aus derjenigen Partei herauskomme, die nach „Radikalisierung“ immer gerufen habe. Dessen Partei könnte sich heute aber das Ergebnis von Spaas nicht beklagen, die durch ihren Wahlkampf auf eine Regierungskrise hingearbeitet hätte und der es zuzuschreiben sei, daß die Regierung erst acht Tage vor Spaas in Tätigkeit treten würde. Hausmann tritt warm für die Unterstützung der Regierung zur Durchführung ihrer Verpflichtungen ein.

Nach ihm spricht der Abg. Böhm, Mitglied der Bayerischen Volkspartei. Böhm erklärt für Süddeutschland und insbesondere Bayern, daß dort gemeinsam gearbeitet werde, um die Vereinbarungen einzuhalten. Der Abg. Böhm bricht noch eine Lanze für die Einwohnervorteile und räumt dann den Platz für Clara Zetkin, die für die „Fraktion“ Zetkin für die Kommunisten spricht. Wertwährend, welches Feuer in diesem vereinigten Weibchen steckt. Juristisch stellen ihren Kampfesleiter nur noch an, davon fehlt es nicht, denn man blickt ihr von rechts das rühmliche Gelegene. Simon hat nach ihrer Ansicht in Spaas eine ausgesprochen gegenrevolutionäre Politik getrieben. Spaas sei nichts weiter als ein Schach für die kapitalistischen Ausbeuter. Mit ganz besonderer Schärfe wendet sie sich unter starken Sturmzeichen von rechts gegen Stresemann, dem sie die Schuld für die Abtrampeln und die Zwangsarbeiten der belgischen Arbeiter zuschiebt. Frau Zetkin redet sich dabei in eine leidenschaftliche Aufregung, die auf das Haus wieder abfällt.

Das Ergebnis ist dann das erwartete: Die Regierung erhält gegen die Stimmen der Deutschnationalen und mit Enthaltung der Stimmen der Unabhängigen das verlangte Vertrauensvotum. Der Antrag der Deutschnationalen, der zwar nicht das formelle Mißtrauen, aber doch das Bedauern über die Abmachungen von Spaas ausdrückt, wird abgelehnt.

## Politische Vertretung des Mittelstandes

Handwerker und Kleinrentner haben bei den Reichstagswahlen nicht weniger eifrig wie Arbeiter, Angestellte, Beamte, Landwirte die Frage erörtert, welche Zahl von Mandaten im Reichstage sie fordern müßten, um dort zur Geltung zu kommen. Jeder glaubt, daß im Zentrum bei den letzten Reichstagswahlen eigentliche führende Politiker in so geringer Zahl gewählt sind, daß für die Kabinettbildung, für die Besetzung von Regierungs- und Verwaltungsposten mit Zentrumspolitikern, überdies für die Erledigung der allgemeinen großen politischen Fragen durch Mitglieder der Zentrumsfaktion im Plenum und in den Ausschüssen des Reichstages zu wenige Abgeordnete zur Verfügung stehen.

Ein Ausweg aus dieser Notlage, der noch zu wenig beachtet wird, ist nun geboten, durch die Errichtung des Reichswirtschaftsrates, den Artikel 165 der neuen Reichsverfassung vorsieht. Bis zu der Zeit, da in der nächsten Zukunft durch Gesetz diese Frage gelöst werden kann, ist inzwischen ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat von der Regierung nach Anhörung der Vertretungen der einzelnen Stände einzuberufen. Bei seiner Schaffung ging der neue Volkswirtschaftsrat aus der organischen Aufspaltung des Staatsvolkes aus. Danach soll der Staat die naturgemäße ständliche Gliederung anerkennen, schützen und fördern. Wie die Einzelverfassungen die Urzellen der Volksgemeinschaft sind, so sind die Familien und Berufsstände die vom Schöpfer gewollten Glieder und Lebenskreise der Volksgemeinschaft. Der Staat ist aber diesen beiden im Rahmen der irdischen Wohlfahrtspflege der oberste Lebenskreis der Volksgemeinschaft. Sollte die Staatsverfassung und die Staatsregierung im Sinne des individualistischen Liberalismus oder des kommunisierenden Sozialismus die in ihrem natürlichen Aufgabebereich selbständigen Lebensgemeinschaften der Familie und des Berufsstandes zuzurückdrängen, zur Verkümmern bringen, gar zerstören, so wäre das ungerecht und selbstmörderisch. In den heutigen inneren Wirren ernten wir die bitteren Früchte jener beiden falschen Auffassungen vom menschlichen Gemeinschaftsleben. In diesem fällt dem Staate als dem am besten, allumfassenden Lebenskreise die Aufgabe zu, die nationale Volkspersonlichkeit darzustellen, die ein neues kulturelles Lebenszentrum mit nationalen Tugenden, nationaler Sprache, Kunst und Literatur, mit eigenem Volkstum schafft, außerdem die politische Einheit gebiert mit nationalem Sinne, mit nationalem Sozial- und Wirtschaftsleben. Dieser Staat schützt die Selbständigkeit der Nation nach außen, bringt eigenes Recht und den Reichstagen, darüber hinaus die Wohlfahrtspflege überall dort, wo die Kräfte der einzelnen Stände nicht ausreichen, vielmehr die Hilfe, den Schutz und die Unterstützung der Volksgemeinschaft und Verwaltung bedürfen.

Daraus ergibt sich nun naturgemäß einmal die Einrichtung der politischen Volksvertretung, des Reichstages, für die Lösung aller nationalen, gesamtpolitischen inneren und äußeren Aufgaben, sobald die Einrichtung des Reichswirtschaftsrates, der sich berufsmäßig aufbaut aus den Vertretungen der Unternehmer und aus dem Reichsarbeitsrat, also nicht aus allgemeinen politischen Wahlen. Der Reichswirtschaftsrat ist nach Artikel 165 so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gegenstände von grundsätzlicher Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesentwürfe zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Wie aber die Berufsstände sich als innere Lebenskreise dem weiteren Lebenskreise des Staates, der erst die nationale Volkspersonlichkeit schafft aus innerer Notwendigkeit einordnet, so ordnet sich auch der Reichswirtschaftsrat der politischen Vertretung ein, er ordnet sich aber nicht selbständig neben die politische Staatsverwaltung oder gar über sie wie letzteres das radikale Mißverständnis beanprucht, er verdrängt nicht und verformt nicht den politischen Reichstag, tritt vielmehr neben und leuchtet unter ihm. Der Staat, den Reichstag und Reichsrat vertreten ist und bleibt dem organischen Leben der Volksgemeinschaft der allumfassende oberste Lebenskreis im Rahmen der irdischen Wohlfahrtsordnung, weil er höhere Aufgaben zu lösen hat, auch solche im Interesse der Personalleben, die diese aus eigener Kraft nicht lösen können. Darum müssen die politischen Parteien, welche auf dem Boden der Verfassung die besonderen Staatsaufgaben bewerkstelligen wollen, politische Parteien sein. Sie dürfen weder Staatsparteien sein noch kirchlich-religiöse Parteien, noch nationale Parteien zur Vertretung der Interessen einzelner sich absondernden Volksschichten. Dagegen stellt der Reichswirtschaftsrat die berufsmäßige Vertretung des Volkes dar vor besonderen Plätzen der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben der einzelnen Stände. Die Handwerker und Kleinrentner können alle in Zukunft an erster Stelle vom Reichswirtschaftsrat die naturgemäße Erledigung ihrer handwerkspolitischen Wünsche und Forderungen erwarten, während sie dem Reichstage mehr mit ihrem allgemein bürgerlichen Wünschen und Forderungen zuzurückdrängen, die ihnen mit allen übrigen Bürgern gemeinsam sind. Das ist zum Nutzen der Allgemeinheit. Denn bloß nach handwerkspolitischen Wünschen gewählte Mitglieder des Reichstages werden durchweg weniger geeignet sein zur Lösung der allgemeinen politischen Aufgaben, die gerade nach der Revolution in der inneren und äußeren Politik überaus wichtig sind. Der Reichstag wird insoweit mehr frei sein, seine eigentlichen politischen Aufgaben, in Zukunft brauchen die einzelnen Berufsstände, nachdem sie durch den Reichswirtschaftsrat ihren annehmlichen und gerechten Einfluß auf die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung erlangt haben, diesen nicht an einer Stelle durch größtmögliche Mandatzahl im Reichstage zu suchen.